

Stadtratssitzung vom 30. Juni 2011

Postulat Nr. P 1/2011

Postulat betreffend fundierte Analyse der Schulkommission

Fraktion der Mitte (FdM) vom 17. Februar 2011; Beantwortung

1. Wortlaut des Postulates

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine fundierte Analyse der Situation der heutigen Schulkommission und Zusammenarbeitspartnern einzuholen.

Dazu gehören die Sichtweisen, Arbeitsverhältnisse sowie strukturellen Gegebenheiten und Anforderungen der Schulleitungen, der Schulkommission selbst sowie der Stadt. Aufgrund dieser Prüfung soll der Gemeinderat dem Stadtrat einen Modellvorschlag unterbreiten, wie die Schulkommission in Zukunft optimaler aufgestellt und geführt werden kann.

Begründung

In der Zusammenarbeit der Schulkommission mit der Stadt und den Schulleitungen scheinen einige offene Fragestellungen und ungelöste Probleme zu liegen. Die geforderten zeitlichen Ressourcen, das fachliche Wissen sowie Führungsqualitäten stellen gerade an das Präsidium der Schulkommission hohe Anforderungen. Bei dieser delikaten Aufgabe ist eine breite Akzeptanz eine wichtige Voraussetzung. Auch gilt es organisatorische und strukturelle Abläufe zu prüfen (z.B. ist Sekretariat der Schulkommission im ABS angegliedert).

Lösungen anderer Städte könnten eventuell als Anregung auf der Suche nach einem optimaleren Modell dienen. Vielleicht wäre es z.B. sinnvoll, das Präsidium der Schulkommission als Mandat mit einem klaren Anforderungsprofil auszuschreiben - also nicht mehr primär "politisch" zu besetzen.

2. Stellungnahme des Gemeinderates

Mit Beschlüssen vom 18. November 2004 und 1. November 2007 hat der Stadtrat das Versuchsreglement Bildung (VRB) und die Versuchsverordnung Bildung (VVB) am 1. August 2005 für eine befristete Dauer bis zum 31. Juli 2009 in Kraft gesetzt. Das Ziel des VRB/VVB bestand in der Umsetzung der schweizweit entwickelten und vom Kanton gestützten Vorstellungen der "geleiteten Schule" auf kommunaler Ebene. Schwerpunkte waren die Definition von Handlungsfeldern der städtischen Schulpolitik, die Einsetzung einer einzigen Schulkommission für die Stadt Thun und die Verschiebung von Kompetenzen im operativen Schulgeschehen von der Schulkommission auf die Schulleitungen.

Im Auftrag des Gemeinderats wurde das Projekt 2007 evaluiert. Dem Versuch wurde eine hohe Erfüllung der Zielvorgaben attestiert; er zielt insbesondere auf die Optimierung der Schnittstellen zwischen Schulleitung, Schulkommission und dem Amt für Bildung und Sport. Ebenfalls thematisiert wurde die Ressourcensituation von Schulleitungen und Schulkommission. Sowohl Schulkommission wie auch regionales Schulinspektorat würdigten 2009 im Rahmen der Überführung des Versuchs in ständiges Recht die erarbeiteten gesetzlichen Grundlagen: Die kantonalen Vorgaben der Volksschulgesetzgebung werden konsequent und zukunftsweisend umgesetzt. Wichtige Anpassungen waren die Verkleinerung der Schulkommission von elf auf neun Mitglieder, die Schaffung eines Koordinationsbüros sowie die Festlegung der Entschädigung der Schulkommission. Mit Beschluss Nr. 29 vom 2. April 2009 genehmigte der Stadtrat

die Änderungen. Der Gemeinderat wurde mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt. Mit der Inkraftsetzung des Bildungsreglements (BiR) und der Bildungsverordnung (BiV) im August 2009 wird der operative Teil vom politisch strategischen Teil getrennt. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen der einzelnen Schulorgane sind im Funktionendiagramm als Anhang zur Bildungsverordnung geregelt. Zudem liegen entsprechende Stellenbeschreibungen für die einzelnen Funktionen (Präsidium, Vizepräsidium, Mitglieder) innerhalb der Schulkommission vor. Das neu geschaffene Koordinationsbüro koordiniert die Aufgaben von Schulkommission, Schulleitungskonferenz sowie Amt für Bildung und Sport. Der Austausch mit dem regionalen Schulinspektorat des Kantons funktioniert im Rahmen der sogenannten Strategiegespräche zwischen Koordinationsbüro und Schulinspektor.

Die heutige Zusammenarbeit zwischen den involvierten Partnern funktioniert gut. Das System befindet sich in einem Lern- und Optimierungsprozess mit dem Ziel, Zusammenarbeit, Effektivität und Effizienz im Führungsprozess der Thuner Volksschule zu steigern. So wurden bspw. die Schulkommissionssitzungen von bisher 10 auf 6 Sitzungen pro Jahr gekürzt, damit für die einzelnen Mitglieder mehr Zeit bleibt, sich der ihr zustehenden und zentralen Aufgabe der Personalführung (Schulleitungen) zu widmen. Die im Februar 2011 neu zusammengesetzte Schulkommission hat sich mittlerweile konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen.

Mit der "Verordnung über die Elternpartizipation an den Volksschulen und Kindergärten" (seit August 2010 in Kraft) wird zudem ein übergeordneter Rahmen für eine einheitliche Ausgestaltung von Informationsaustausch und Zusammenarbeit der Eltern mit der Schule im Interesse der Kinder an allen Thuner Volksschulen und Kindergärten festgelegt. Die Umsetzungskonzepte werden zur Zeit von den Schulleitungen, in Zusammenarbeit mit den bestehenden Elternräten und -foren und weiteren interessierten Eltern, erarbeitet. Für deren Qualität und den städtischen Standard ist die Schulkommission verantwortlich. Diese Aufgabenteilung entspricht dem Funktionendiagramm im Anhang zur BiV.

Der Kanton führt zudem einen neuen Controllingprozess im Bereich der Volksschule ein. Dieser dient der Gewinnung von Steuerungswissen zur Qualitätssicherung sowie Weiterentwicklung der Volksschule. In Zusammenarbeit mit dem Kanton haben die Schulorgane der Stadt Thun das neue kantonale und das bisherige kommunale Controlling in einen einzigen Prozess für die Jahre 2011-2014 integriert. Der kommunale Führungsprozess und die damit verbundenen Sitzungen für die Jahre 2011-2014 werden derzeit reflektiert und nach Genehmigung durch die Schulkommission ab November 2011 in Kraft treten. Das Organisationsmodell inkl. Controllingprozess zur Führung der Volksschule in der Stadt Thun hat auch weitere Kreise gezogen. In der Diskussion mit den Gymnasiumsgemeinden werden dem Thuner Ansatz gute Noten attestiert. Das Modell wird als prüfenswert deklariert.

Der Gemeinderat kommt zum Schluss, dass das heutige - relativ neue - Organisationsmodell zur Führung der Thuner Volksschule zweckmässig ist. Verschiedene bereits initiierte Massnahmen dienen der weiteren Optimierung. Eine Analyse der Situation der heutigen Schulkommission und Zusammenarbeitspartner erachtet der Gemeinderat als zu verfrüht und daher als nicht notwendig.

Antrag

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat die Ablehnung des Postulates.

Thun, 26. Mai 2011

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Ratssekretär
Marius Mauron